

Update aus Berlin

November 2023 (I)

Pizza & Politik: Was tun gegen den Rechtsruck in der Gesellschaft?

MIT BERNHARD DALDRUP UND DEN JUSOS BECKUM

**SAMSTAG,
17. NOVEMBER, 17:00
STADTTEILWOHNZIMMER VERVE**
● **HAUPTSTRASSE 37,
| NEUBECKUM**

Anmeldung:
bernhard-daldrup.de/pizza



WICHTIGES
aus dem Bundestag



Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

In dieser Sitzungswoche haben wir ein wichtiges Vorhaben für die **Modernisierung unseres Gesundheitswesens** auf den Weg. Mit dem Digitalgesetz werden Arztpraxen und Apotheken digitaler. Dafür führen wir ab 2025 die elektronische Patientenakte (ePA) für alle gesetzlich Versicherten ein. Auch das E-Rezept kommt und soll perspektivisch das Papierrezept ablösen. Auch für Familien wollen wir das Leben leichter machen. Nach dem Bürgergeld und der Wohngeldreform bringen wir mit der **Kindergrundsicherung** in dieser Woche das nächste große sozialpolitische Projekt auf den Weg.

Am Donnerstag hat im Bundestag eine vereinbarte Debatte mit dem Titel „**Historische Verantwortung wahrnehmen – Jüdisches Leben in Deutschland schützen**“ stattgefunden. Mit der Debatte erinnern wir an die Reichspogromnacht vom 9. November 1938. Nach den Nürnberger Rassegesetzen erreichte die Entrechtung und Verfolgung von Jüdinnen und Juden mit der Reichspogromnacht einen neuen Höhepunkt. Tausende wurden aus ihren Wohnungen gezerrt, öffentlich gequält, gedemütigt, verhaftet und ermordet. Es war der Beginn des größten Völkermords in unserer Geschichte. Die Erinnerung daran darf niemals verblassen. Im Gegenteil: Nach der Shoah ist es unsere Pflicht, jeder Form von Antisemitismus immer und überall entgegenzutreten.

Jedoch wird auch 85 Jahre nach der Reichspogromnacht immer noch gegen Jüdinnen und Juden gehetzt, und es werden Anschläge auf jüdische Einrichtungen verübt, in letzter Zeit sogar vermehrt. Wir verzeichnen eine Zunahme antisemitischer Straftaten. All das darf keinen Platz in unserer Gesellschaft haben. Wir stellen uns immer und überall dem Hass und der Gewalt gegenüber Jüdinnen und Juden entschlossen entgegen. Für uns ist der Schutz jüdischen Lebens in Deutschland eine Verpflichtung. Das betonen die Ampel-Fraktionen auch in ihrem gemeinsamen Antrag. Die Ereignisse in Israel und dem Gaza-Streifen sorgen auch hier für Demonstrationen, die teils von antisemitistischen Parolen begleitet werden. Das dürfen wir nicht zulassen.

Viel Spaß beim Lesen und ein schönes Wochenende wünscht Euch,

Euer



Inhalt

Zum Asylkompromiss. >>> Montessori-Gesamtschule aus Sendenhorst im Deutschen Bundestag. >>> Steuerfairness schaffen – Globale Mindestbesteuerung umsetzen. >>> Jüdisches Leben in Deutschland schützen. >>> Kindergrundsicherung einführen. >>> Deutschland-Pakt zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsprozessen. >>> Parteienfinanzierung neu regeln.

Zum Asylkompromiss.

Die Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) hat eine Vereinbarung zur Finanzierung der Kosten für Geflüchtete getroffen und sich zum gemeinsamen Ziel von mehr Steuerung und Ordnung der Migration bekannt. Bei dieser gemeinsamen Aufgabe lässt der Bund die Kommunen nicht allein. Die Unterbringung und Versorgung Geflüchteter vor Ort ist ein wichtiger Teil des gesamten Migrationsthemas, mit dem wir uns seit Längerem auseinandersetzen.

Wenn der Bund ab 2024 für jeden Flüchtling 7500 € erstattet, ist das eine wirksame Hilfe für die Kommunen. Damit wird der Forderung nach einem „atmenden System“, das auf die Zahl ankommender Flüchtlinge reagiert, Rechnung getragen. Ebenso wichtig ist die Festlegung, dass die Kommunen eine dauerhafte Unterstützung brauchen, quasi eine Vorhaltepauschale, weil die Aufgabe zur Integration von Flüchtlingen dauerhaft bleibt und die Kommunen diese Unterstützung brauchen. Die Unterbringung und Versorgung Geflüchteter vor Ort ist ein wichtiger Teil des gesamten



Migrationsthemas, mit dem wir uns seit Längerem auseinandersetzen. Die Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) hat eine Vereinbarung zur Finanzierung der Kosten für Geflüchtete getroffen und sich zum gemeinsamen Ziel von mehr Steuerung und Ordnung der Migration bekannt. Bei dieser gemeinsamen Aufgabe lässt der Bund die Kommunen nicht allein. Die Unterbringung und Versorgung Geflüchteter vor Ort ist ein wichtiger Teil des gesamten Migrationsthemas, mit dem wir uns seit Längerem auseinandersetzen.

Die Bereitstellung von Bundesliegenschaften für die Unterbringung und die Einführung einer Sonderregelung zum Bauplanungsrecht, damit flexibel und schnell neue Unterkünfte und soziale Einrichtungen zu schaffen, entlastet die Kommunen und Landkreise von Bürokratie.

Zusätzlich zu den Maßnahmen wie den fortgesetzten Grenzkontrollen und den beschleunigten Asylverfahren, die der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit dienen, haben wir nun weitere Schritte eingeleitet, um die Gemeinden bei der Unterbringung von Geflüchteten zu unterstützen.

Es ist bedauerlich, wenn der Kompromiss jetzt wieder als unzureichend zerredet wird. Auch den unionsgeführten Ländern muss klar sein, dass wir es mit einer Gemeinschaftsaufgabe zu tun haben, deren Erfolg durch eine immer weiter aufgeheizte Debatte gefährdet wird.

Montessori-Gesamtschule aus Sendenhorst im Deutschen Bundestag.



Am vergangenen Montag hat mich die **Montessori-Gesamtschule aus Sendenhorst** im Deutschen Bundestag besucht. Zu Beginn des Gesprächs habe ich kurz meinen Weg in die Politik skizziert und aus dem Arbeitsalltag als Bundestagsabgeordneter zwischen Wahlkreis und Berlin berichtet. Im gemeinsamen Gespräch habe ich dann die Fragen der Jugendlichen rund um die Auswirkungen der KI auf den demokratischen Diskurs, das Deutschland-Ticket und die politische Beteiligung junger Menschen beantwortet.

Als Bundestagsabgeordneter für den Kreis Warendorf ist mir wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger transparente Einsicht in meine parlamentarische Arbeit bekommen. Dazu gehören selbstverständlich alle Altersklassen. Mich freut es immer sehr, zu sehen, wie motiviert und politisch interessiert die jungen Leute sind.



Steuerfairness schaffen – Globale Mindestbesteuerung umsetzen.

Wir haben diese Woche das **Mindestbesteuerungsrichtlinie-Umsetzungsgesetz** beschlossen. Mit diesem Gesetz führen wir eine effektive internationale Mindeststeuer ein. Die internationale Mindeststeuer wurde 2018 von Olaf Scholz in seiner Zeit als Bundesfinanzminister gemeinsam mit dem französischen Finanzminister, Bruno LeMaire, vorgeschlagen und in die Beratungen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) eingebracht.

Im Dezember 2021 einigten sich dann 141 Staaten auf die Einführung einer internationalen Mindeststeuer. Diese Einführung ist ein großer Fortschritt im Kampf gegen Gewinnverlagerungen internationaler Konzerne in Niedrigsteuerländer und gegen den unfairen Steuerwettbewerb.

Es ist hochgradig ungerecht, verzerrt den internationalen Wettbewerb und die Steuereinnahmen fehlen den öffentlichen Haushalten, wenn global agierende, große Konzerne kaum Steuern zahlen. Damit werden aggressive

Steuergestaltungsmodelle unattraktiver. Außerdem wird im internationalen Steuerwettbewerb um Investitionen und Unternehmensansiedlungen eine Untergrenze eingezogen. Internationale Konzerne können sich somit nicht ihrer Finanzierungsverantwortung für das Gemeinwesen entziehen. Die Mindestbesteuerung gilt für alle international tätigen Unternehmen und große inländische Gruppen mit einem jährlichen Umsatz über 750 Millionen Euro.

Ein wirklich guter Beitrag über Steueroasen in Deutschland durch Gewerbesteuerdumping in der Reihe „die Story“ des WDR, hier der [Link zur Sendung](#), sehenswert.



Jüdisches Leben in Deutschland schützen.



Am Donnerstag jährte sich zum 85. Mal die Reichspogromnacht. Tausende Jüdinnen und Juden wurden in den Novemberpogromen 1938 verhaftet, misshandelt und ermordet. Die Reichspogromnacht gilt als Auftakt des größten Völkermords in der Geschichte.

85 Jahre später gibt es wieder Brandanschläge auf Synagogen in unserem Land. Die Zahl antisemitischer Straftaten steigt. Und das nicht erst seit der jüngsten Gräueltaten der Hamas und einem Überschwappen islamistisch motivierten Judenhasses.

Seit dem blutigen Angriff der Hamas auf Israel fühlen sich Jüdinnen und Juden auch in Deutschland wieder bedroht. Ausgerechnet hier, fast 80 Jahre nach dem Holocaust. Der 9. November erinnert in dieser Woche in bitterer Weise an eine Wegmarke der Auslöschung jüdischen Lebens hierzulande. Gerade vor dem Hintergrund der historischen Verantwortung, die aus dieser Schuld erwächst, müssen wir uns antisemitischem Hass mit aller Deutlichkeit entgegenstellen und ihn mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpfen - strafrechtlich und gesellschaftlich.

Dies bedeutet zum einen, keine judenfeindlichen Parolen auf unseren Straßen zu dulden und jeden Jubel über die Terrorangriffe zu unterbinden und zu ahnden. Es bedeutet zudem, terroristische Organisationen und solche mit antisemitischer Programmatik zu verbieten. Und es bedeutet, dass wir staatlicherseits aktiv und verlässlich die zivilgesellschaftlichen Organisationen und deren Ehrenamtliche unterstützen, die sich gegen Antisemitismus und für ein friedliches, respektvolles Miteinander einsetzen. Dazu muss das Demokratiefördergesetz jetzt schnell kommen. Jüdisches Leben zu schützen, ist für uns eine unbedingte Notwendigkeit. Dieses Schutzversprechen gilt es, gerade in schwierigen Zeiten mit Leben zu füllen. Es ist unsere Haltung, unser Selbstverständnis und unser Handeln: **Nie wieder ist jetzt!** Am 9. November stehen wir zwischen Erinnerung und Mahnung: 1848 die Ermordung Robert Blums, 1938 die Novemberpogrome und 1989 der Fall der Mauer. Jedes Ereignis prägt unser demokratisches Selbstverständnis. Lasst uns Freiheit und Menschlichkeit jeden Tag aufs Neue verteidigen.

Kindergrundsicherung einführen.

In dieser Woche haben wir den Entwurf der Bundesregierung zur Kindergrundsicherung in 1. Lesung beraten. Mit der Kindergrundsicherung wollen wir Kinder besser vor Armut schützen und ihnen mehr gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Auch wollen wir Familien von Bürokratie entlasten, indem Leistungen einfacher und digital beantragt werden können. In der Kindergrundsicherung sollen Kindergeld, Kinderzuschlag, Leistungen für Kinder und Jugendliche im Bürgergeld und der Sozialhilfe sowie Teile des Bildungs- und Teilhabepakets gebündelt werden.

GLEICHE CHANCEN FÜR ALLE KINDER!

Wir wollen, dass alle Kinder eine **optimale Förderung** erhalten, etwa durch:

- ➔ bessere **Kitas**,
- ➔ ausgebaute **Ganztagsbetreuung an Grundschulen**,
- ➔ sowie **10 Milliarden Euro für Schulen** in benachteiligten Regionen.

SPD Fraktion im Bundestag

KEIN KIND SOLL IN ARMUT AUFWACHSEN!

Mit der **Kindergrundsicherung** wollen wir ab 2025 die **Familienförderung gerechter und einfacher** machen:

- ➔ mit einem **festen Kindergarantiebtrag von 250 Euro**,
- ➔ sowie einem **einkommensabhängigen Zusatzbetrag**, der nach der finanziellen Situation der Eltern gestaffelt ist.

Bis zu 5,6 Millionen Kinder sollen mit dem neuen Kinderzusatzbetrag direkt erreicht werden!



Mit der Kindergrundsicherung sollen bis zu 5,6 Millionen Kinder und Jugendliche erreicht werden. Durch das angepasste Existenzminimum erhalten einige Altersgruppen höhere Leistungen als bisher, bei anderen bleiben sie gleich. Es soll ein digitales und einfaches Antragsverfahren eingerichtet werden. Ob ein Anspruch auf den Zusatzbetrag besteht, soll mithilfe eines Kindergrundsicherungs-Checks geprüft werden. Potenzielle Anspruchsberechtigte sollen proaktiv angesprochen werden.

Im parlamentarischen Verfahren werden wir die Hinweise von Verbänden und Wissenschaft in die Beratungen einbeziehen mit dem Ziel, den Gesetzentwurf zu verbessern. Wir wollen erreichen, dass Kinder mit aufeinander abgestimmten Leistungen einfach und unbürokratisch vor Armut geschützt werden.

Deutschland-Pakt zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsprozessen.

Wir müssen Tempo machen, um den Industriestandort zu stärken und die Wirtschaft klimaneutral zu machen, um zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen und Wohlstand zu sichern, um die Infrastruktur zu modernisieren und bezahlbaren Wohnraum zu bauen. Vieles ist in Deutschland aber leider zu langsam und zu bürokratisch.

Deshalb haben Bund und Länder einen Deutschland-Pakt zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsprozessen geschlossen. Denn: Um unser Land zu modernisieren, dürfen wir uns nicht länger selbst ausbremsen!

Von der Sanierung maroder Brücken über den erleichterten Ausbau von Solaranlagen, die schnellere Genehmigung von Bauanträgen bis hin zu zügigeren Planungsverfahren für das Stromnetz: Mit mehr als 100 konkreten Maßnahmen werden Prozesse und Genehmigungen beschleunigt, Bürokratie abgebaut und mehr Verwaltungsleistungen für die Bürger:innen online verfügbar gemacht. Jetzt geht es um die Umsetzung.



Deutschland-Pakt

MEHR TEMPO FÜR...

- ➔ mehr erneuerbare **Energie**
- ➔ mehr bezahlbaren **Wohnraum**
- ➔ mehr **digitale Dienstleistungen** für Bürger:innen

SPD Fraktion im Bundestag

Der „Bau-Turbo-Pakt“ wird dafür sorgen, dass für eine befristete Zeit in Orten mit hohem Bedarf schneller Bauvorhaben geplant und umgesetzt werden können. Damit können rasch Baulücken genutzt, Dächer bebaut oder brachliegende Flächen in Wohnraum umgewandelt werden. Zusätzlich bauen wir Bürokratie ab, damit Aktenberge in Bauämtern der Vergangenheit angehören. Damit steht nun auch beim Wohnungsbau dem neuen Deutschland-Tempo nichts mehr im Wege. Wohnungen können somit zukünftig schneller geplant und realisiert werden. Ausgewählte Turbo-Maßnahmen: 246 e Bau-Turbo-Norm, Genehmigungsfiktion, Ausbau von Dachgeschossen, Kfz-Stellplätze, TA-Lärm, Gebäudetyp E und Serielles Bauen.

Parteienfinanzierung neu regeln.

Parteien sind ein wesentlicher Teil unseres demokratischen Systems und der politischen Willensbildung. Deshalb muss sichergestellt werden, dass Parteien ihre Arbeit effektiv leisten können. Das Parteiengesetz regelt, wie sich Parteien finanzieren und wie hoch die staatlichen Mittel sind, die sie als Teilfinanzierung erhalten. Diese richten sich danach, wie die Parteien in der Gesellschaft verwurzelt sind, d.h. wie viele Stimmen sie bei der jeweils letzten Europa- und Bundestagswahl und den Landtagswahlen erzielt haben. Auch der Umfang der Mitgliedsbeiträge und Spenden wird zugrunde gelegt.

Wir haben im Koalitionsvertrag vereinbart, das Parteiengesetz auf den Stand der Zeit zu bringen und dabei den Parteien auch mehr digitale Beschlussfassungen und Wahlen zu ermöglichen sowie die Transparenz zu verbessern. In dieser Woche haben wir in 1. Lesung den entsprechenden Antrag der Koalitionsfraktionen sowie der CDU/CSU-Fraktion zur Änderung des Parteiengesetzes beraten. Wir schaffen damit mehr Transparenz und stärken so die Integrität des politischen Wettbewerbs.

Künftig muss auch Sponsoring ab einer Bagatellgrenze in einem eigenen Sponsoring-Bericht in den Rechenschaftsberichten der Parteien veröffentlicht werden. Neben Namen und Anschrift des Zuwendenden und der Höhe der Zuwendung muss dort auch Art und Umstände des Sponsorings dargestellt werden. Auch unmittelbare Werbung anderer für eine Partei, sogenannte „Parallelaktionen“, müssen dann der Partei angezeigt werden, die so Einflussmöglichkeit auf die Werbeaktion erhält. Sie werden zukünftig sachgerecht in die Spendenregelungen einbezogen.

Großspenden müssen früher gemeldet werden. Der Schwellenwert, ab wann sie der Bundestagspräsidentin angezeigt werden müssen, wird abgesenkt. Durch die Veröffentlichung als Drucksache erhalten Bürger:innen frühzeitig Kenntnis über eine künftig größere Zahl von Großspenden. Dies ist insbesondere im Vorfeld von Wahlen von Bedeutung, um die mögliche Einflussnahme von Dritten transparent zu machen.

Damit die Parteien ihre Arbeit auch weiterhin bedarfsgerecht finanzieren können, wird die absolute Obergrenze für die staatliche Parteienfinanzierung um den finanziellen Mehrbedarf angehoben.

Die Parteiarbeit soll digitaler werden: Parteitage und Hauptversammlungen können künftig auch rein digital oder hybrid zusammentreten. Auch die elektronische Stimmabgabe wäre dann bei einigen Entscheidungen über innerparteiliche Angelegenheiten möglich.

Diese Neuregelungen sorgen für mehr Nachvollziehbarkeit und stärken das Vertrauen der Bürger:innen in die Parteien als wichtige Akteure der demokratischen Willensbildung.